

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Ewige weltweite Warnung

Zwei Daten im August – der 6. und 9. August 1945 – haben sich mir, verbunden mit dem Begriff „Völkermord“, bis an mein Lebensende ins Gehirn eingebrannt.

Bis heute bewerten Politiker, Wissenschaftler, vor allem Historiker, die an diesen beiden Tagen abgeworfenen US-Atombomben unterschiedlich. Die einen rechtfertigen die Abwürfe mit der Meinung, durch sie seien der Krieg gegen Japan verkürzt, Menschenleben gerettet worden. Andere rechtfertigen nur den Abwurf über Hiroshima, lehnen den über Nagasaki ab. Wieder andere lehnen jeglichen Einsatz nuklearer Waffen in Kriegen ab – Standpunkte, wie sie nicht konträrer sein können.

Einige Fakten sollten wir unbedingt kennen:

Seit 1942 forschten amerikanische Wissenschaftler unter Leitung von Robert Oppenheimer, ab 1943 auch britische Vertreter, am Bau der Atombombe (Manhattan-Projekt genannt). Im Frühjahr 1945 war die erste Bombe so gut wie fertiggestellt. Als Einsatzgebiete waren Japan und anfangs auch Deutschland (das Ruhrgebiet) vorgesehen. Da Deutschland am 8. Mai 1945 kapitulierte, entfiel dieses Abwurfziel.

Die Sowjetunion hatte 1941 ein Neutralitätsabkommen mit Japan geschlossen. Sie hatte Roosevelt versichert, spätestens drei Monate nach Kriegsende in Europa in den Krieg gegen Japan einzugreifen. Am 8. August 1945 hätte dieser Zeitraum geendet.

Ende Mai 1945 informierte der amerikanische Botschafter in Moskau Roosevelts Nachfolger Truman, dass die Sowjetunion mit Truppen in der Mandschurei bereitstehe. Er bat um enge Abstimmung des Vorgehens mit den sowjetischen Streitkräften. Die US-Regierung reagierte darauf nicht.

Am 9. Juli 1945 hatte der japanische Botschafter in Moskau um Friedensverhandlungen gebeten, ab 13. Juli 1945 wussten das die amerikanischen Politiker. Sie hielten die japanischen Bedingungen für nicht erfüllbar und versuchten erst gar nicht, den Krieg gegen Japan am Verhandlungstisch zu beenden. Bei einem Erfolg hätten sie die hohen Entwicklungskosten (zwei Mrd. Dollar) nicht rechtfertigen können. Außerdem wollten sie ein Eingreifen der Sowjetunion im Fernen Osten verhindern.

Am 6. August 1945 lebten in Hiroshima ca. 250.000 Einwohner, die Innenstadt bestand vorwiegend aus

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 7

Zitiert ...

Die Erde soll früher mal ein Paradies gewesen sein.
Möglich ist alles.
Die Erde könnte wieder ein Paradies werden.
Alles ist möglich.

Erich Kästner(1899-1974)

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

Holzbauten. Die vier Tonnen schwere Uranbombe hatte eine Sprengkraft von 12.500 Tonnen TNT. Um 8.15 Uhr und 17 Sekunden klinkte der Pilot die Bombe in 9.450 Metern Höhe aus, kurz danach explodierte sie in 580 Metern Höhe, 43 Sekunden später hatte die Druckwelle die Innenstadt zu 80 % dem Erdboden gleichgemacht. Im Innern des Feuerballs herrschten über eine Million Grad Celsius, in zehn Kilometern Entfernung waren es noch 6.000 Grad Celsius. Der Atompilz ragte 13 Kilometer in den Himmel. 70.000 bis 80.000 Menschen wurden sofort getötet, bis 1946 erhöhte sich die Zahl auf 166.000 Tote.

Am 08.08.1945 erklärte die Sowjetunion Japan den Krieg. Welchen Grund gab es noch, am 9. August 1945 eine zweite Bombe über Nagasaki zu zünden? Allein dort starben sofort 22.000 Menschen, innerhalb der nächsten vier Monate weitere 39.000. Knapp 75.000 Verletzte hatte allein diese Stadt zu beklagen.

Angesichts der hohen Verluste und riesigen Zerstörungen entschied der Tenno, die Potsdamer Erklärung anzunehmen. Am 2. September wurde die Kapitulationsurkunde unterzeichnet.

Bis 1950 waren in beiden Städten 230.000 Opfer als Spätfolgen der Atombombenabwürfe zu beklagen, die gesundheitlichen Folgen reichen bis in die Gegenwart.

Ich frage mich, ob irgendein Staat das Recht hat, so ein Massenvernichtungsmittel gegen andere Staaten einzusetzen. Das Menschenleben soll lebenswert sein. Für die Opfer dieser Aktionen der USA gibt es in Japan ein eigenes Wort: Hibakusha.

Jedes zerstörte Leben ist eine zerstörte Hoffnung. Bekannt geworden ist Sadako Sasaki, die mit zweieinhalb Jahren den Bombenabwurf erlebt hatte, 1954 erkrankte sie an Leukämie. Der Glaube an die Sage, wer 1.000 Papierkraniche falte, dem gäben die Götter Gesundheit, half ihr nicht. Sie soll über 1.300 Kraniche gefaltet haben bis zu ihrem Tode.

Sankichi Toge, Jahrgang 1917, erlebte den Bombenabwurf in drei Kilometern Entfernung vom Epizentrum. Angesichts der atomaren Aufrüstung schrieb er eine Anthologie zu diesem Thema. Sein Gedicht „6. August“ wurde bei den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1951 in Berlin als Beitrag Japans zum Frieden vorgestellt:



6. August

Gebt mir die Menschen wieder
 Gebt mir meinen Vater,
 meine Mutter wieder
 Gebt mir Opa zurück und Oma
 Gebt mir meine Söhne
 und Töchter
 Gebt mir mich selbst wieder
 Gebt mir die menschliche
 Rasse wieder
 Solange das Leben währt,
 dieses Leben
 Gebt uns Frieden
 Der nie endet.

Zwei Jahre später starb der Verfasser an Lungenkrebs – mit 36 Jahren.

Wie vielen meiner japanischen Altersgefährten – ich war 1945 sechs Jahre alt – ist ein Leben verwehrt worden! Lassen wir atomare Aufrüstung nie mehr zu!

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

In Japan ist der Kranich ein Symbol des Glücks und der Langlebigkeit. Nach alter japanischer Legende bekommt derjenige, der



1.000 Origami-Kraniche faltet, von den Göttern einen Wunsch erfüllt. Noch heute wird zu besonderen Anlässen wie Hochzeiten oder Geburtstagen ein gefalteter Papierkranich überreicht.

Wer es selbst einmal probieren möchte, kann sich eine Anleitung zur privaten Nutzung in unserer Kreisgeschäftsstelle unter 03371-632267 bestellen.



Kraniche für Frau Merkel

Am Montag, dem 27.06.2011, haben die Mitglieder des Anti-Atombündnisses Teltow-Fläming 1.286 selbst gefaltete Origami-Kraniche postfertig in einem großen Karton verpackt. Dieser wurde mit dem Wunsch: „Der Nutzung von Atomenergie ein Ende setzen, noch vor dem anvisierten Termin 2022“ an die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, geschickt.

Die Idee zum Falten der Kraniche entstand auf den wöchentlichen Mahnwachen auf dem Zossener Marktplatz, die das Bündnis seit März 2011 abhält.

*Rainer Weigt,
 Klein Schulzendorf*

EINE VON UNS

Im Gespräch mit Ingrid Köbke

I. Köbke: Nicht wenige „LinksBlick“-Leser kennen Dich gut, andere nicht. Stell Dich bitte unseren Lesern kurz vor!

M. Krause: Ich gehöre zum 44er Jahrgang, bin in Sachsen geboren, die Älteste von fünf Geschwistern, in einem politisch engagierten Elternhaus aufgewachsen.

Nach der Schulzeit wurde ich Lehrerin, und das mit Leib und Seele. Nach einer gewissen Zeit wurde ich stellvertretende Direktorin, Direktorin, Schulrätin. Ich war verheiratet, habe drei Kinder und drei Enkelkinder, bin inzwischen verwitwet. Ab 1989 habe ich zunächst als Horterzieherin gearbeitet, später zwölf Jahre das Haus der Generationen in Woltersdorf geleitet. Jetzt bin ich Rentnerin.

I. Köbke: Du warst früher und bist auch heute eine viel beschäftigte Frau. Was treibt Dich um, Dich gesellschaftlich zu engagieren?

M. Krause: Ich bin stark geprägt durch meine Eltern, die sich immer gesellschaftlich engagiert haben. Das war in unserer Familie normal. Besonders gelernt habe ich, einen sozialen Blickwinkel zu entwickeln, ich war nie ich-zentriert, für mich war und ist die Gemeinschaft immer wichtig. Für mich stand immer die Frage: Wie kann ich helfen?

Ich wollte und will immer soziale Verantwortung wahrnehmen. Gesellschaftliche Prozesse/Veränderungen werden durch Menschen gemacht, daran will ich mich beteiligen, ich will mitwirken. Das bedeutet, dass ich mich dadurch auch der öffentlichen Kritik aussetze.

Leben heißt für mich Widersprüche zu lösen.

I. Köbke: Wie siehst Du die Fraktionsarbeit für DIE LINKE in der Gemeindevertretung Nuthe-Urstromtal?



Monika Krause

M. Krause: Wir sind fünf Mitglieder in der Fraktion DIE LINKE. in der Gemeindevertretung Nuthe-Urstromtal, eine junge Fraktion, drei von uns sind unter 50 Jahre, den jüngsten Gemeindevertreter haben wir.

Das alles bewirkt frische Gedanken für unsere Arbeit. Wir betreiben konstruktive Sacharbeit, nutzen dabei auch Fachleute außerhalb der Fraktion.

Wir setzen uns besonders für den Erhalt der sozialen Netzwerke ein, unterstützen die Bürgermeisterin in ihrer transparenten Kommunalpolitik unter Einbeziehung der Gemeindevertreter, der Bürger der Gemeinde. Unserer Fraktion geht es um Arbeit im Sinne der Bürger, nicht um Parteipolitik im engeren Sinne. Durch die Vorbereitung in regelmäßigen Fraktionssitzungen erhöhen wir unsere Sachkenntnis und tragen konstruktiv zur Lösung von Problemen in den Ausschusssitzungen und in der Gemeindevertretung bei.

I. Köbke: Viel Kraft setzt Du für das kulturelle Gemeindeleben ein. Warum engagierst Du Dich hier so sehr?

M. Krause: Kultur ist mein Hobby, deshalb wollte ich auch als Rentnerin daran weiterarbeiten. Ich gehe

davon aus, dass Kultur gerade auch für den ländlichen Raum wichtig ist. Ich will gute, niveauvolle Kulturveranstaltungen mit den Menschen für die Menschen gestalten. Dazu suche und finde ich viele Partner in der Region. Daran habe ich Freude, das macht mir Spaß. Mit vielen ehrenamtlichen Helfern haben wir in der Kulturinitiative „Kultur an der B 101“ ein breites Angebotsspektrum entwickelt. Da gibt es eine Mischung von auftretenden Künstlern aus der Region und darüber hinaus.

I. Köbke: Was würdest Du anders machen, wenn Du im Parteivorstand DIE LINKE wärst?

M. Krause: Was regt mich auf? Wir sind für die Bürger da, wir dürfen uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Ich würde den Stil der Auseinandersetzung ändern, den Umgang miteinander. Der jetzige führt zur Demontage von Genossen. Ich wünsche mir manchmal schnellere Informationen zu politischen Ereignissen, z. B. in Nordafrika. Gut finde ich die Reaktion auf die Panzerlieferung nach Saudi-Arabien. Wir hätten auch z. B. viel offensiver die Ursachen und Folgen der Finanzkrise öffentlichkeitswirksam diskutieren müssen.

I. Köbke: Was gehört für Dich zum Glücklichsein?

M. Krause: Gesundheit, harmonisches Miteinander in der Familie, die drei Enkelkinder begleiten. Glück ist für mich eine Momentaufnahme. Dazu gehört der Genuss von schönen Augenblicken in der Natur, Kunst, ein gutes Gespräch, Buch, Konzert. Eine Welt ohne Krieg und Hunger wäre für mich Glück.

I. Köbke: Ich danke Dir für das Gespräch, wünsche Dir Gesundheit, viele Ideen und Glücksmomente. <

Linke Politik im Landtag

250 Lehrkräfte mehr

Im kommenden Schuljahr sollen mindestens 250 Lehrkräfte statt der bisher geplanten 150 eingestellt werden. Darauf einigten sich auf Drängen der Fraktion DIE LINKE die beiden Koalitionsfraktionen mit der Landesregierung. Auch mit den ursprünglich geplanten Neueinstellungen hätte die Lehrer-Schüler-Relation von einer Lehrkraft auf 15,4 Schülerinnen und Schüler, auf die sich DIE LINKE und die SPD im Koalitionsvertrag geeinigt hatten, gehalten werden können. Dennoch hält DIE LINKE die vorzeitige Einstellung von weiteren 100 bis 150 jungen Lehrkräften für dringend geboten. Damit werden die Rahmenbedingungen für guten Unterricht verbessert. Und es kann verhindert werden, dass junge, gut ausgebildete Lehrkräfte jetzt das Land verlassen, sich in einem anderen Bundesland Arbeit suchen und im nächsten Schuljahr dann Brandenburg nicht mehr zur Verfügung stehen würden.

Die LINKE sieht darin einen Schritt, um dem drohenden Lehrkräftemangel vorzubeugen. Die zusätzlich eingestellten Lehrkräfte sollen genutzt werden, um Unterrichtsausfall zu minimieren und die Voraussetzung zu schaffen, dass Lehrkräfte zur Fort- und Weiterbildung im Rahmen der Vorbereitung der inklusiven Schule freigestellt werden können. Gleichzeitig werden die Plätze für ReferendarInnen im kommenden Schuljahr um weitere 150 erhöht, so dass sich die Zahl der Ausbildungsplätze insgesamt auf 900 erhöht. Auch darin sieht DIE LINKE ein wichtiges Signal zur künftigen Deckung des Lehrkräftebedarfs. <

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Seit Anfang 2011 gibt es tiefgreifende Einschnitte in der Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesregierung hat das finanzielle Gesamtvolumen um fast ein Viertel zusammengestrichen und

zum Teil darüber. Nun soll eine „Reform der Instrumente“ folgen. Mit ihr werden die Sparvorgaben umgesetzt. Schwarz-Gelb will sich stärker auf Personengruppen konzentrieren, die „näher“ am Arbeitsmarkt sind – das geht zu Lasten der Bemühungen um Langzeitarbeitslose. Auf sie hat die Landesregierung aus gutem Grund besonderes Augenmerk gelegt. Genau wie Schwerbehinderte, Alleinerziehende und Geringqualifizierte profitieren sie vom Aufschwung weit weniger als andere.

Mit Programmen wie „Arbeit für Brandenburg“ setzt Rot-Rot auf eine neue Qualität öffentlich geförderter Beschäftigung. Ziel ist die Umsetzung des Grundsatzes „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“. Bisher ist das nur sehr eingeschränkt möglich. Unterschiedliche Interessen müssen unter einen Hut gebracht und Mittel aus verschiedenen Fördertöpfen zusammengeführt werden.

Wir wollen im Zuge der „Instrumentenreform“ solche Hindernisse beseitigen. Deshalb haben wir die Landesregierung gebeten, dies in die Verhandlungen einzubringen. Weitere Punkte des Koalitionsantrages: Rücknahme der Mittelkürzungen und verlässliche Finanzierung für die Anbieter öffentlich geförderter Beschäftigung. <

Geld sichern für wichtige Projekte

Die Zweckbindung bei der Finanzierung etwa beim kommunalen Nahverkehr, der Wohnraumförderung oder bei Investitionen in Hochschulen endet nach 2013. Die rot-rote Landesregierung engagiert sich dafür, dass die Bundesmittel aus dem sogenannten Entflechtungsgesetz trotzdem mindestens in der bisherigen Höhe weiter fließen. Denn es besteht dringender Bedarf.

Die Koalition hat mit ihrem Antrag die Landesregierung beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die entsprechenden Bundesmittel bedarfs-



gerecht erhöht werden. Und: Die Zweckbindung soll per Landesgesetz weiter gelten und sich an den bisherigen Anteilen orientieren – damit weiterhin kontinuierlich Geld für wichtige Projekte der Daseinsvorsorge fließt. <

Direkte Demokratie

Wahlalter 16 und Stärkung der direkten Demokratie sind wesentliche Punkte für DIE LINKE. Mehr Menschen sollen mitbestimmen dürfen und das nicht nur bei den Wahlen. Rot-Rot hat im Koalitionsvertrag die Einführung des Wahlalters ab 16 vorgesehen. DIE LINKE steht zu ihren Positionen: Deutlicher Ausbau der direkten Demokratie und Wahlalter ab 16 auf kommunaler und auf Landesebene. Dazu sprechen wir weiter mit unserem SPD-Koalitionspartner.

DIE LINKE setzt sich dabei für die Einführung der Straßensammlung für Volksbegehren ein. Damit würde in Brandenburg erreicht, was bereits in den anderen ostdeutschen Bundesländern geregelt ist.

Auch die Eintragungsdauer in Volksbegehren soll auf sechs Monate verlängert werden. Auf der Volksentscheidsebene ist DIE LINKE für eine Informationspflicht für alle Abstimmungsberechtigten, in der sie wie in der Schweiz umfassend über den Volksentscheid und die Argumente dafür und dagegen informiert werden. Wir gehen davon aus, dass diese Änderungen im Herbst beschlossen werden und so der progressive Charakter der Landesverfassung wieder gestärkt werden kann. <

Meine Gedanken zum 13. August 1961

Im Juli/August 1961 war ich Gruppenhelferin im Ferienlager des VEB Industrierwerke Ludwigsfelde in Bansin. Herrliche Tage und Wochen verbrachten wir dort bei Sport, Spiel, Wandern, Baden in der Ostsee; am Sonntag, dem 13. August, war Wechsel vom zweiten zum dritten Durchgang. Fröhlich erfuhren wir aus dem Radio von den Maßnahmen in Berlin, hatten aber im Heimfahrtrübel keine Zeit und Gelegenheit, uns genauer zu informieren. Erst abends zu Hause wurde ich mit der ganzen Wahrheit konfrontiert, auch damit, dass mein Vater (wie viele andere) als Mitglied der Kampfgruppe im Bereitschaftseinsatz war.

Wir alle hatten Mühe, uns an die neue Situation zu gewöhnen – gab es doch viele und oft schmerzliche Veränderungen wie Trennung im Familien- und Freundeskreis, teilweise Unsicherheiten des Arbeitsplatzes. Besonders das Verkehrsproblem im damaligen Bezirk Potsdam musste völlig neu gestaltet werden, ebenso in der Innenstadt von Berlin.

Natürlich lehnten viele Menschen diese Maßnahmen grundsätzlich ab. Andere, so auch ich, hatten Verständnis dafür und stimmten zu. Seit 1951 in Oranienburg und seit 1953 in Ludwigsfelde wohnend, erlebte ich schon vor dem 13. August 1961 eine seit 1948 geteilte Stadt Berlin mit zwei verschiedenen Währungen, zweierlei Arten von Polizei, zwei diametral entgegengesetzten Gesellschaftssystemen.

Als Studenten an der Humboldt-Universität mit fast durchweg bescheidenem Stipendium, das uns jedoch ein Studium ohne notwendigen Nebenjob ermöglichte, mussten wir vielfach erleben, dass Kommilitonen kurz vor dem Staatsexamen/Diplom auf Nimmerwiedersehen verschwanden – nach Westberlin oder weiter. Das betraf nicht nur die Uni. Millionen wurden gezielt abgeworben, u.a. geködert mit höherem Lebensstandard – besonders Leistungsträger

wie Fachärzte, Wissenschaftler, Ingenieure, Lehrer, Wirtschaftsexperten. Unsere Wirtschaft geriet in Schwierigkeiten – die Bundesrepublik profitierte, sparte u.a. Ausbildungskosten – das war so gewollt, war Teil des Kalten Krieges gegen uns.

Da die Preise für die Waren des täglichen Bedarfs (besonders Lebensmittel) im Osten Berlins u.a. durch den Wechselkurs wesentlich niedriger waren als in den Westsektoren, gab es einen regen „Einkaufstourismus“.

Unter die teilweise randalierenden Demonstranten, die ich am 17. Juni 1953 auf der Straße Unter den Linden gesehen hatte, waren zielgerichtet Provokateure aus Westberlin geschleust worden – das wurde immer geleugnet. Egon Bahr jedoch hat in einer Fernsehsendung vor einigen Jahren zugegeben, dass er ihren Einsatz vorbereitet und am Tage selbst über den Rias koordiniert hat.

In Ludwigsfelde – sicher auch in anderen Umlandgemeinden von Berlin – erhielten vielfach Bürger eine sehr preiswerte Neubauwohnung, gingen jedoch in Westberlin zur Arbeit. Spionage, Wirtschaftssabotage, Anschläge auf Institutionen (z. B. der Reichsbahn) in der DDR gingen in hohem Maße von Westberlin aus.

Alles das und vieles andere bedrohte in zunehmendem Maße die DDR in ihrer Existenz und brachte uns an den Rand eines Krieges. Deshalb war ich damals und bin auch heute noch der Meinung, dass diese mit der Sowjetunion abgestimmte Maßnahme notwendig war. Dabei stelle ich mir schon die Frage, ob es nicht Möglichkeiten auf nationaler oder internationaler Ebene gegeben hätte, früher zu einem erträglichen Miteinander zu finden. Ich kann sie mir nicht beantworten.

Kennedy äußerte am 14. August 1961: „Eine Mauer ist verdammt noch mal besser als Krieg.“

*Christa Zernick,
Am Mellensee*

Sportstättenanierung

Geld kann bekanntlich nur einmal ausgegeben werden. So ist es auch mit den Mitteln für die Sportstätten. Die Freisportanlagen sind leider in der gesamten Stadt Zossen – mit Ausnahme von Schöneiche – in einem schlechten Zustand. Das bestätigt auch der Sportstättenentwicklungsplan der Stadt.

Insbesondere die Schulsportplätze sind kaum noch nutzbar. Ursache für diesen Zustand ist die mangelnde Pflege und Unterhaltung der Anlagen in den letzten Jahren.



Carsten Preuß ist der Bürgermeisterkandidat von LINKEN, SPD, VUB und Grünen in Zossen

Es gilt nun für alle Schulstandorte Lösungen zu finden. Die Mitglieder des Ausschusses SJBS hatten sich noch in den letzten Wochen die Schulsportanlagen angesehen. Dabei wurde mir und den anwesenden Stadtverordneten nochmals der große Nachholbedarf vor Augen geführt.

Für Wünsdorf, Glienick und Dabendorf zeigten sich auch Lösungsmöglichkeiten für den Vereinssport. Überschlägige Kostenschätzung ergeben, dass mit den veranschlagten 7,4 Millionen Euro für ein gigantisches Sportforum in Dabendorf alle Schulsportanlagen der Stadt saniert werden könnten und auch dem Vereinssport Rechnung getragen werden kann. Mit der gleichen Summe könnten wir somit mehr erreichen, als wenn alles in ein Großprojekt gesteckt werden würde.

Carsten Preuß, Zossen

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Programmentwurf liegt vor

Über 500 Wortmeldungen und Zuschriften aus Basisorganisationen, Orts-, Stadt-, Kreis- und Landesverbänden haben die Redaktionskommission erreicht. Darunter waren konkrete Änderungsvorschläge, inhaltliche Überlegungen und Argumentationen zu einzelnen Punkten bis hin zu alternativen Programmentwürfen. Darin kommt das große Interesse an einer intensiven Programmdiskussion zum Ausdruck. Die Programmdebatte ist Teil des Lernprozesses unserer Partei. Indem wir neue Erkenntnisse gewinnen, Bekanntes kritisch hinterfragen und Bewährtes verteidigen, unsere Posi-

tionen und Aussagen neu durchdenken und präzisieren, machen wir die Pluralität unserer Partei produktiv. In diesem Sinne hat die bisherige Programmdebatte zu wichtigen Ergebnissen geführt, die in der überarbeiteten Fassung des Programmentwurfs ihren Niederschlag gefunden haben.

Vom 21. bis 23. Oktober 2011 führt die Partei DIE LINKE die 2. Tagung ihres 2. Bundesparteitages in Erfurt durch.

Im Mittelpunkt des Parteitages wird die Beratung und Beschlussfassung über ein neues Parteiprogramm stehen, zu dem wir bis Ende 2011 einen Mitgliederentscheid durchführen werden.



Außerdem wird sich der Parteitag mit Satzungsfragen beschäftigen. Sowohl mit der Diskussion unserer Satzung als auch der Beschlussfassung über ein neues Grundsatzprogramm vollzieht DIE LINKE zwei Meilensteine in ihrer jungen Geschichte. <

EU muss Zwei-Staaten-Lösung unterstützen

Nach Gesprächen mit einer Delegation des UN-Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes im Europäischen Parlament hat der Europaabgeordnete Helmut Scholz (LINKE) die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten aufgerufen, endlich ihr internationales Gewicht für eine Zwei-Staaten-Lösung in der palästinensisch-israelischen Krisenregion einzusetzen.

„Seit Jahren leisten die EU und ihre Mitgliedstaaten einen hohen finanziellen Beitrag, in den palästinensischen Gebieten die soziale Not zu lindern, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und eine leistungsfähige palästinensische Verwaltung aufzubauen. Demgegenüber ist die Zurückhaltung der Europäischen Union bei der politischen Lösung des nicht enden wollenden Konfliktes zwischen Palästinensern und Israel absolut unverständlich und nicht weiter hinnehmbar.“

Scholz betonte, dass bereits über

140 Mitglieder der Staatengemeinschaft das legitime Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser auf einen eigenen Staat anerkannt haben und dass als letzte Region endlich



Helmut Scholz, MdEP

auch die EU ihr politisches Gewicht und ihren diplomatischen Einfluss für eine Zwei-Staaten-Lösung geltend machen muss.

Für eine Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung sind direkte Gesprä-

che notwendig, so Scholz, in denen die legitimen Interessen beider Seiten berücksichtigt werden, die aber auch zu konkreten Ergebnissen führen müssen. „Die Vorschläge von US-Präsident Obama vom Mai dieses Jahres sind eine tragfähige Basis für solche Gespräche.“ Allerdings sei der politische Wille der Beteiligten für entsprechende Verhandlungen nötig. „Wenn die jeweilige Seite nur jene Vorschläge umsetzen will, die ihren eigenen Vorstellungen entsprechen, wären die Gespräche abermals zum Scheitern verurteilt.“

Scholz begrüßte ausdrücklich den Dialog zwischen der Delegation des UN-Ausschusses und Parlamentariern des Europäischen Parlaments und sagte diesen die Fortführung der Gespräche sowie seine Unterstützung und die seiner Kollegen im Parlament zu, die EU zu einem aktiven politischen Beitrag zur friedlichen Lösung des Konflikts im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung zu leisten. <

Ein engagiertes Zeitzeugnis

war die Vorstellung der neuesten Buches „Sagen, was ist“ des vorletzten Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow.

Wir lernen keinen neuen Hans Modrow kennen. Politik hochtrabend und wissenschaftlich darzustellen ist nicht sein Anspruch. Politik als Arbeit für die Menschen, im Interesse der Schwachen, Unterprivilegierten, Arbeitenden, den Reichtum der

Gesellschaft Schaffenden, das ist sein Verständnis von Politik.

Seine Haltung: Parteispitze und Basis verfolgen das gleiche Ziel. Das galt für das geteilte Deutschland, gilt für das geeinte Deutschland und insbe-

sondere für die Partei DIE LINKE. Er machte und macht sich damit nicht nur Freunde.

Ausführlich befasst sich Hans Modrow mit dem Ende der DDR. Eine bessere DDR zu gestalten war sein Ziel. Als er nicht ohne Enttäuschung und Bitterkeit erkennen musste, dass es dafür zu spät war, kämpfte er für die Akzeptanz der Biografien der Bürger der DDR und ihre Errungenschaften.

Er hat nicht alles erreichen können, aber vieles gerettet. Denken wir z.B. an die Möglichkeit der Grundstückskäufe, die vielen DDR-Bürgern das Dach über dem Kopf sicherte. Wichtig war ihm auch die würdige Verabschiedung der GUS-Truppen, die ohne sein Eingreifen eine Demütigung erfahren hätten. Gorbatschow charakterisiert er als überfordert, Jelzin ohne Rückgrat.

Achtungsvoll schildern Valentin

Falin, Manfred Stolpe und Egon Bahr die Person Hans Modrow. Besonders aber hat mich persönlich das Verhältnis



Hans Modrow

von Hans Modrow zu seinem Kraftfahrer aus seiner Dresdener Zeit berührt. Er kennzeichnet den Menschen Modrow auf besondere Weise, man fühlt sich ihm sehr nah. Durch die Aussagen der Töchter von Hans Modrow wird dieser Eindruck nochmals verstärkt.

Ein besonderer Mensch und ein leenswertes Buch.

*Marianne Richter,
Luckenwalde*

Evangelischer Kirchentag

Es war ein Kirchentag, der neue Maßstäbe gesetzt hat. Mit 120.000 Menschen, darunter vielen jungen, war er gut besucht. Besonders osteuropäische Gäste waren zahlreich erschienen. Aber auch reichlich Katholiken, Juden und Muslime zeigten mit ihrer Teilnahme viel Interesse.

Die Medien meldeten eine Repolitisierung des Kirchentages, sogar als erster wirklich gesamtdeutscher wurde er bezeichnet.

Unter der Losung „...da wird auch dein Herz sein“ gab es drei Themenbereiche: einen geistlichen, einen gesellschaftspolitischen und einen internationalen.

Alle Themenbereiche waren geprägt vom Miteinander-Füreinander. „Die Welt sollte nicht so bleiben wie sie ist“.

Der zweite Bereich hat besonders auch die anwesenden Gewerkschafter bewegt. Eine der zentralen Veranstaltungen in der Frauenkirche war: „Welche Wirtschaft macht uns glücklich?“ Unsichere Arbeitsverhältnisse, schlecht bezahlte Leiharbeit, miese Arbeitsbedingungen verhindern den Aufbau stabiler menschlicher Beziehungen. Fragen der sozialen Gerechtigkeit, aber auch Rechtsextremismus wurden sehr deutlich angesprochen.

Der dritte Themenbereich umfasste ebenfalls heiße Eisen. Globalisierung für die Wirtschaft – oder für die Menschen? Nachhaltiges Wirtschaften – Umwelt erhalten. Frieden, Versöhnung, Sicherheit – sofort, für alle Menschen. Beispiel Afrika – Armut und Hunger weltweit verhindern.

Für die ehrenamtlichen Kollegen der IG Metall auf dem Dresdener Kirchentag war am Ende eine Auskunft wichtig: „Wann gibt es den nächsten Kirchentag? Da sind wir wieder dabei.“ So wünsche ich mir weitere Kirchentage.

*Rainer Weigt,
Klein Schulpendorf*

Auflösung Bilderrätsel



Das Bilderrätsel der letzten Ausgabe zeigte ein 3x3 Meter großes Mosaik eines Kosmonauten an der Außenfassade der KITA Burg in Luckenwalde. Auch ein „Sputnik“,

ebenso groß zierte die KITA. Derzeit befindet sich der 1985 erbaute Komplex in energetischer Sanierung. Leider ist – soweit bislang bekannt – die Erhaltung der Mosaikbilder noch nicht endgültig geklärt. <

Bürgermeisterwahl in Jüterbog

Im Gespräch mit Maritta Böttcher



Red.: Du trittst für DIE LINKE zur BM-Wahl in Jüterbog an. Stellst Du Dich bitte Deinen Wähler/innen vor?

M. Böttcher: Ich bin Jahrgang 1954, seit 1973 mit meiner Jugendliebe Gert glücklich verheiratet. 1976 wurde meine Tochter Katrin geboren und 1982 mein Sohn Jan. Ich bin Lehrerin und Diplom-Gesellschaftswissenschaftlerin von Beruf und habe mich frühzeitig mit Politik befasst und eingemischt. Ich wurde 1974 Mitglied der SED, war aktiv im Jugendverband tätig und wurde 1989 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Jüterbog. Das Ende der DDR wurde von einer Reihe überzeugter Sozialist/innen in Jüterbog als Chance genutzt, sich auch weiterhin für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Ich bin also nicht erst 1989 geboren. 1990 verloren wir unseren Sohn Jan bei einem Verkehrsunfall. Da brauchte ich doppelte Kraft: für meine Familie da zu sein und auch den Kreisverband der SED (PDS) zu führen.

Seit 1990 bin ich Kreistagsabgeordnete, war 16 Jahre Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, bin jetzt Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Ich bin Mitglied der Trägerversammlung im Jobcenter und im Aufsichtsrat der SWFG. Von 1994 bis 2002 war ich Bundestagsabgeordnete. Seit 2003 bin ich Vorsitzende der Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung in Jüterbog.

Red.: Warum möchtest Du Bürgermeisterin in Jüterbog werden?

M. Böttcher: Weil die Stadt lebens- und liebenswert ist. Weil sie eine kompetente Bürgermeisterin braucht, die langjährige Erfahrungen in der Kommunalpolitik hat. Ich möchte etwas bewegen in der Stadt. Jede Bewegung braucht einen Antrieb und den habe ich ausreichend.

Red.: Wofür würdest Du Dich als Bürgermeisterin einsetzen?

M. Böttcher: Als erstes den Bürgerhaushalt umsetzen, um die Haushaltskonsolidierung mit den Bürger/innen der Stadt zu sichern. Im sog. Freiwilligenbereich haben Kinder, Jugendliche und Senioren absolute Priorität. Über die Vereinsarbeit kommt Leben in die Stadt, deshalb müssen sie auch weiterhin finanziell unterstützt werden.



Red.: Was würdest Du anders machen als Dein Vorgänger bzw. Deine Mitbewerber?

M. Böttcher: Zu den Mitbewerbern kann ich mich nicht äußern, das weiß ich nicht. Aber gegenüber dem Amtsinhaber würde ich den Mitarbeiter/innen in der Verwaltung mehr zutrauen, sie müssen auch eigene Entscheidungen treffen dürfen, die ich als „Chefin“ dann auch nach Kräften unterstütze. Daraus erwächst Mitarbeitermotivation – da habe ich eben einen ganz anderen Leitungsstil.

Red.: Welche Möglichkeiten hast Du als linke Bürgermeisterin, eine transparente Kommunalpolitik zu betreiben?

M. Böttcher: Transparenz ist nicht an eine Partei gebunden, sondern hat viel mit Überzeugung und Charakter zu tun. „Herrschaftswissen“ zu

pflegen ist nicht mein Ding. Aus mangelnder Information erwächst Misstrauen und das ist Gift in der Kommunalpolitik. In der Kommune kann nichts an die nächste Ebene gegeben werden, die gibt es nämlich nicht. Jüterbog muss seine Geschicke selbst in die Hand nehmen und das geht nur im Team mit den Bürger/innen.

Im Wissen darum, dass die wenigsten einfach vor der Tür stehen und sagen: Hier bin ich, ich will was tun!, gehört dazu eben ein überzeugter Politikstil, der genau diese Einbeziehung von Kompetenz als oberste Priorität beinhaltet. Da muss man Klinken putzen, Gespräche führen und Angebote unterbreiten – so wächst gemeinsames Engagement für die Stadt.

Red.: Inwiefern kannst Du Deine Erfahrungen als Abgeordnete im Bundestag, Kreistag und als Stadtverordnete nutzen?

M. Böttcher: Das alles sind Erfahrungen, die mich eins gelehrt haben: Nicht abzuheben, sich für nichts zu schade zu sein, sondern zu kämpfen für etwas, wovon man überzeugt ist.

Die Sorgen und Nöte sowie manches Ärgernis der Menschen spielen schon lange nicht mehr die dominierende Rolle im Land. Ich mache da nicht mit. Gerechtigkeit steht für mich ganz oben. Ich habe gelernt und bleibe dabei: Politik ist Menschenwerk und deshalb nie alternativlos. Es geht immer auch anders und besser für uns alle.

Red.: Wie gestaltest Du Deinen Wahlkampf?

Ich werde nichts tun, was ich sonst nicht auch tue. Ich mache noch zwei Jüterboger Gespräche, einige Infostände und ansonsten nehme ich Einladungen von Vereinen und Verbänden wahr. <

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



Freundschaft ist unser Grundsatz

Am 9. Juli 2011 hat der Deutsch – Chinesische Freundschaftsverein e. V. Ludwigsfelde seine Jahreshauptversammlung abgehalten. Der Verein hat 100 Mitglieder, der größte Teil davon kommt aus der Region Ludwigsfelde, Luckenwalde, Berlin und Potsdam, aber auch aus weiter entfernten Orten.

Im Bericht des Vorsitzenden, Dr. Ulryk Gruschka, und in der Diskussion wurde verdeutlicht, dass der Verein ein beachtliches Niveau an Kenntnissen über die Historie und über die gesellschaftliche Entwicklung der VR China - auch über deren Widersprüche - erreicht hat. Unterstützung erfährt der Verein auch durch hochrangige Mitarbeiter der chinesischen Botschaft und ihr Kulturzentrum in Berlin. So ist es den Mitgliedern möglich, sachlich über das Land und die Leistungen des Volkes Auskunft zu geben. Sympathisanten und Gäste wissen das zu schätzen, zumal immer offensichtlicher ist, dass die Medien hierzulande die VR China vordergründig abwertend darstellen.

Die freundschaftliche Atmosphäre im Verein und deren Umfeld kam auch darin zum Ausdruck, dass zu dem anschließenden Gartenfest in diesem Jahr wieder der Botschaftsrat für Wirtschaft, Herr Zhang, und der für Kultur, Herr Li, als Gäste begrüßt werden konnten. Der Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde, Herr Frank Gerhard, war auch in diesem Jahr ein willkommener Gesprächspartner.

Ein herzliches Dankeschön gebührt der Familie Knitter, die das Gartenfest wieder liebevoll ausgerichtet hat.

Dr. Ulryk Gruschka erhielt erneut das Vertrauen der Mitglieder, als Vorsitzender den Verein in bewährter Weise weiterzuführen. Zukünftig soll die Öffentlichkeitsarbeit noch verbessert werden. Neue Interessenten und Mitglieder sind im Verein selbstverständlich gern gesehen. Günstig wäre es, wenn wir auf diesem Wege einen Mitstreiter/-in finden würden, der eine Internetpräsentation für den Verein einrichtet und pflegt.

*Manfred Gustke,
Luckenwalde*

Wer das ändern will, muss bei den Ursachen ansetzen

Jugendschutz ist immer erst bei Horrormeldungen wie dem sogenannten Komatrinken, bei gewaltverherrlichenden Computerspielen oder überhöhtem Medien- bzw. Fernsehkonsum ein öffentliches Thema. Dementsprechend gestalteten sich auch die bisherigen Reaktionen der Bundesregierung: Schärfere Kontrollmaßnahmen, höher angesetzte Verbote und am Ende sogar der Vorstoß der damaligen Familienministerin, Kinder und Jugendliche zu Kontrollleuren zu machen, die den Zugriff von Minderjährigen auf jugendgeschützte Produkte wie Alkohol oder Tabak regeln.

Ausgeblendet bleiben die Ursachen dafür, warum Jugendliche mittels Komasaufen der Realität entkommen wollen oder mit Gewaltvideos die immer brutaler werdende Ellenbogengesellschaft nachspielen. Die Bundesregierung merkt nicht einmal, dass sie mit Hartz IV, Ausbildungsplatzmangel und Jugendarbeitslosigkeit die Grundlagen dafür geschaffen hat, dass viele Jugendliche keine Zukunftsperspektiven mehr sehen.

Zossener „Geheimnisse“

Wussten Sie schon, ...

... dass die Petition der Zossener Grundschule zu den jahrelangen gravierenden Mängeln seit über einem Jahr auf eine Antwort der Stadtverordnetenversammlung wartet?

...dass es seit drei Jahren keine gültige Schulbezirkssatzung für Zossen gibt?

... dass das Postgebäude sowie das Bahnhofsgebäude durch die Stadt ohne Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gekauft wurde?

... dass drei von 29 Stadtverordne-

ten an der Abstimmung um den Beschluss zum Bau von Kaufland an der Stubenrauchstraße nicht hätten mitstimmen dürfen, weil sie einen geschäftlichen Vorteil daraus ziehen?

... dass Zossens Eltern nun doch die Kitaverträge mit dem Landkreis werden schließen müssen, weil die Verwaltung es bislang versäumt hat, dem neuen Vertrag der Gemeinden mit dem Landkreis zuzustimmen?

... dass gegen Herrn Markwardt eine Ermittlung wegen Korruption läuft? <

Quelle: „Zossen Das Blatt“

Im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin

Als ich die kleine Anzeige im ND las: Einladung zu einem Kolloquium mit dem Thema „Der Überfall Hitlers auf die Sowjetunion“, beschloss ich daran teilzunehmen.

Mich verbanden einige gute Kontakte zu russischen Menschen, die diesen Überfall und seine Folgen miterlebt und darunter gelitten haben.

Zuerst die kleine Ukrainerin, deren Name für Bayern nicht aussprechbar war und die nach Gutsherrenart einfach Marie genannt wurde. Sie wurde 1941, mit 14 Jahren, mitten in der Nacht von ihren Eltern weg aus ihrem Dorf verschleppt, auf offenem LKW nach Bayern transportiert und zu schwerer Arbeit auf einem Bauernhof gezwungen. Ich sah sie dort, selbst evakuiert, im März 1945 und freundete mich mit ihr an, obwohl jeder Kontakt streng verboten war. Sie hatte vier Jahre nichts von ihrer Familie gehört. Später die herrliche und schwer geschändete Stadt Leningrad, Mitte der 50er Jahre noch die Einschläge von Granaten an den Hauswänden sichtbar und die Menschen noch voller Erinnerungen an die 900 Tage der furchtbaren Blo-

ckade. Professor Thalmann, Chirurg am 2. Medizinischen Institut in Leningrad, der den ganzen Krieg mitgemacht und beim Zurückdrängen der Wehrmacht die grauenvolle Zerstörung der Städte und Dörfer gesehen und dabei gedacht hatte, wie konnten aus diesem Deutschland, das Dichter wie Goethe und Schiller hervorgebracht hatte, solche Barbaren kommen.

Was dachten die Menschen in Deutschland am 22. Juni 1941? Darum ging es auch auf diesem Kolloquium. Ich persönlich erinnere mich noch genau, was die Erwachsenen damals sagten: Nun ist es entschieden, der Krieg gegen Russland bricht Hitler das Genick. Bestimmt gab es unterschiedliche Reaktionen. Wie aus dem Vortrag von Dr. Alexander Friedmann über Weißrussland hervorging, änderte sich die Einstellung der Bevölkerung dort nach dem Überfall; hatten viele vorher die Deutschen noch begrüßt, verurteilten sie angesichts der Brutalität der Wehrmacht auch gegen die Zivilbevölkerung die Besatzung und diesen Krieg und kämpften gegen die Faschisten.

Dr. Sergei Kudrjaschow vom Deutschen Historischen Institut in Moskau wies in seinem Vortrag die Präventivkriegsthese zurück, wonach Hitler mit dem Kriegsbeginn Stalin nur zuvorkommen wollte. Er informierte darüber, dass Russlands Präsident angewiesen hatte, bis 2014 das gesamte Stalinarchiv offenzulegen. Bis jetzt sind noch nicht alle Archive geöffnet und freigegeben worden, die sich mit Planung und Zielsetzung des Krieges beschäftigten. Das Kolloquium war hochinteressant. Die große Teilnehmerzahl überraschte die Veranstalter. Übereinstimmend wurde der am 22.06.1941 begonnene Krieg als imperialistischer Eroberungskrieg postuliert. Bewegend waren die Berichte von Zeitzeugen, die an unterschiedlichen Schauplätzen den Beginn des Krieges erlebt hatten: als Rotarmist aus der Ukraine Jakob Resnik, als deutscher Soldat an der Front Ferdinand Thun, später Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland und als Jugendlicher, der aus kommunistischem Elternhaus in New York stammende Victor Grossman.

Dr. Margot Raube, Ludwigsfelde

Der Stolz auf unsere Heimat ist gewachsen

Die Seniorengruppe der Partei DIE LINKE besuchte mit Sympathisanten und Freunden am 22. Juni die Skate-Arena. Dass es ein spannender Nachmittag wurde, ist in erster Linie Erik Scheidler, Abteilungsleiter Flaeming-Skate, zu verdanken. Wir erfuhren viel Neues, Erstaunliches und Wissenswertes über die Skaterbahn und die Skate-Arena.

Er berichtete u.a., dass durch die 220 km lange Skaterbahn und Skate-Arena 200 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die 1,5 Mio Besucher, die jährlich unser Land auf Skatern,

Fahrrädern, zu Fuß oder mit Steppern erkunden, sind begeistert von



Quelle: Blickpunkt
Strahlende Teilnehmer
der Seniorenfahrt

der reizvollen Landschaft und kommen gern wieder. Sie kommen aus

der ganzen Welt, den USA, Australien, Neuseeland, der Schweiz und Polen und natürlich aus allen deutschen Bundesländern.

In der Skate-Arena fanden unterschiedliche Wettkämpfe statt, z.B. 10 km Gehen, 100 km Straßenlauf und Stepperrennen.

Die 25 Teilnehmer unseres kleinen Ausflugs hatten beim anschließenden Kaffee trinken im Klosterkaffee in Kloster Zinna viel Gesprächsstoff. Es war ein gelungener Nachmittag, der den Stolz auf unsere Heimat vergrößerte.

*Marianne Richter,
Luckenwalde*

Auf bekanntem Terrain

„(Über)leben im Moloch Moskau – Ein Buch über den russischen Alltag“ – diese Überschrift fiel uns sofort ins Auge in der MAZ vom 30. Juni dieses Jahres.

Da wir 1999, 2001 und 2005 für je einen Schüler aus Moskau Gasteltern waren, 2000 und 2003 dort Gegenbesuche gemacht haben und die Familien hier bei uns begrüßen konnten, kaufte ich uns gleich das Buch.

Carmen Eller, eine junge Journalistin, die in Bamberg, Edinburgh und Madrid studiert hatte, kommt als Redakteurin der „Moskauer Deutschen Zeitung“ in die russische Hauptstadt. Unbefangen, neugierig und vorurteilsfrei, voller Erwartungen tritt sie dort ihren Dienst an, wohnt mit zwei jungen Männern in einer WG in einer möblierten Dreizimmerwohnung.

Gleich am ersten Arbeitstag gerät sie voll in den Moskauer Strudel. „Kaum betrat ich die Metrostation, war es mit der Ruhe vorbei.“ „Einem Menschen, der sich ohne Ticket durch die Sperre wagte, schlugen zu einem schrillen Warnsignal zwei Metallschranken auf die Schenkel. Dahinter geriet ich in einen Strudel aus Jacken, Taschen, Armen und Beinen.“

In ihrer Tätigkeit lernt sie viele Menschen kennen, wird mit den unterschiedlichsten Problemen (auch ganz persönlichen und tragischen) im heutigen Russland konfrontiert. Sie durchstreift Moskau, besucht Museen, Theater- und Kino-Vorstellungen, die Kathedralen des Kreml, Friedhöfe, Erholungsparks, das GUM, Märkte. Überall sucht sie die Nähe der Menschen, stellt Fragen zu ihrer Arbeit, ihren Wünschen und Sehnsüchten. Sie findet bald Freunde, hat Kontakt zu Künstlern, lernt Arme und Reiche kennen. Ihr werden Geld, Pass und



Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Ursula Ließ in Jüterbog zum 87. Geburtstag am 11.08.
Annemarie Petratschek in Mahlow zum 86. Geburtstag am 15.08.
Erika Günther in Blankenfelde zum 78. Geburtstag am 18.08.
Gerd Knitter in Ludwigsfelde zum 74. Geburtstag am 21.08.
Lothar Scholz in Jüterbog zum 76. Geburtstag am 22.08.
Kurt Elstermann in Jüterbog zum 89. Geburtstag am 30.08.
Axel Wilske in Blankenfelde zum 71. Geburtstag am 30.08.
Ilse Sachse in Ludwigsfelde zum 83. Geburtstag am 02.09.
Werner Schulze in Luckenwalde zum 84. Geburtstag am 02.09.
Walter Falke in Am Mellensee zum 83. Geburtstag am 06.09.
Horst Hennig in Niedergörsdorf zum 71. Geburtstag am 07.09.
Annelore Müller in Luckenwalde zum 78. Geburtstag am 10.09.

Christa Schubert in Blankenfelde zum 70. Geburtstag am 20.08.
Dirk Bühmann in Luckenwalde zum 65. Geburtstag am 20.08.
Sonja Ratsch in Jüterbog zum 75. Geburtstag am 09.09.

EC-Karte gestohlen – bei der Wiederbeschaffung lernt sie die russische Bürokratie gründlich kennen.

Sie erlebt am 8. März die Ehrung der Frauen („Warum war eigentlich nur ein Mal im Jahr Frauentag?“), besucht am 9. Mai die Feier zum Sieg über den Faschismus. In einem Kolle-

findet jetzt dort beides – Altes und Neues.

Noch zweimal möchte ich sie zu Wort kommen lassen. „Immer wieder hörte ich Russen über Moskau schimpfen. Zu groß, zu laut, zu teuer hieß es da. Trotzdem traf ich nie einen Bewohner dieses Molochs, der nicht auch gehörig stolz war, in der Hauptstadt ... zu wohnen. Eine Hassliebe, die ich bald gut nachvollziehen konnte.“ Über den Roten Platz schreibt sie: „Nie gewöhne ich mich an seine Schönheit. Alles, was Moskau sein konnte, traf hier für mich zusammen; das Ensemble aus Historischem Museum, Lenin-Mausoleum, Kaufhaus GUM und Basiliuskathedrale vereinte für mich alle Widersprüche der Stadt.“

gen findet sie ihren Partner und ihre Liebe.

Vieles haben wir Zernicks bei unseren Besuchen dort ebenso oder ähnlich erlebt; an manchen Stellen könnte es auch ein Reisebericht von uns aus den Jahren nach 2000 sein. Ebenso wie wir war sie schon vor 1990 im alten Moskau gewesen und

Das Lesen dieses Buches war für uns ein Wiedersehen mit Moskau und unseren Freunden, die uns wieder eingeladen haben mit den Worten: „Sie sind uns jederzeit willkommen.“

*Christa Zernick,
Am Mellensee*

Termine

17.08.11 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

22.08.11 18.30 Uhr
Beratung der BO-Vorsitzenden
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

24.08.11 15.00 Uhr
Grillfest der Senioren
Grillplatz Jüterbog Tor 1,
Luckenwalde

02.09.11 17.00 Uhr
Klausurtagung KV und KTF
Klein Schulzendorf

06.09.11 10.00 Uhr
LinksTreff
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

07.09.11 15.00 Uhr
Treffen der Zeitungsverteiler
Gebiet Luckenwalde
Geschäftsstelle Luckenwalde

09.09.11 16.00 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung
„Eckbusch“ Luckenwalde

15.08.11 19.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

Bildungsabend

Gerd-Rüdiger Stephan

**„Die Regenbogensnation
in der Krise?
Konflikte in Südafrika
nach der WM“**

**Am 12. September 2011
um 17.00 Uhr
in der Kreisgeschäftsstelle
Zinnaer Straße 36
Luckenwalde**

*Unter www.dielinke-teltow-flaeming.de
können Sie sich an einer kleinen Umfrage
zur Zufriedenheit mit der Arbeit der Kreis-
tagsfraktion der LINKEN in Teltow-Fläming
beteiligen. <*

Friedensfest

Am 27. August 2011 findet von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr auf dem „Alten Gutshof“, Prötzeler Chaussee 7 in Strausberg das 21. Friedensfest statt.

Ein Fest der LINKEN mit Musik aus der Region und dem Umland auf der großen Bühne, politischem Kabarett und Kleinkunst in der Mensa des Gutshofes, Lesungen von Autoren und Sportlern zum Anfassen, die zu Schriftstellern wurden, mit Markttreiben und einem Streichelzoo. <

Diäten statt Diät

*Diät heißt doch in Maßen leben,
damit Ansehen, Figur erhalten bleibt.
Diäten sind jedoch ganz anders,
weil blanke Gier unsere „Vertreter“
treibt.*

*Nach all den Jahren, nur vier Prozent,
das sei doch angemessen.
Bei sooo viel Arbeit, sooo viel Stress,
das sollen die Bürger nicht vergessen.*

*So leben sie in Saus und Braus
und feiern Feste mit den Bossen.
Dass Kinderarmut ständig steigt,
egal, sie sind ja nicht betroffen.*

*Bei Sozialkosten, Renten, Lohn,
da ist noch viel zu holen.
Zur Not macht man schnell ein Gesetz,
dann ist doch nichts gestohlen.*

*Für das Volk beschließt man nur
Verzicht,
weil arm der Staat und leer die Kassen.
Für Abgeordnete gilt das nicht,
sie wollen maßlos Gelder fassen.*

*Drum hört die Mahner, die nicht still,
tut euch mit ihnen wehren.
Sie nehmen ihren Auftrag ernst,
des Volkes Wohl zu mehren.*

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Übrigens:

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag spenden ihre jeweilige Diätenerhöhung an soziale Projekte, Vereine und Verbände.

*Näheres ist nachzulesen unter:
www.linksfraktion.de/abgeordnete*

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 337 1/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653
Spendenkonto: 363 302 7415,
BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 13. Juli 2011, der nächsten Ausgabe: 17. August 2011

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

Bürgermeisterwahlen 2011



**Wählen
gehen!**